

10 Gendern und Öffentlichkeit

Sprache wird in der Öffentlichkeit und insbesondere in der Politik immer wieder diskutiert. Ein aktuelles Beispiel ist der kürzlich eingebrachte Gesetzesentwurf der postfaschistischen Regierungspartei Fratelli d'Italia, die den Gebrauch von englischen oder anderen Fremdwörtern in der öffentlichen Kommunikation mit bis zu 100.000 Euro ahnden möchte. Der Entwurf muss noch im Parlament debattiert werden (Stand 16. April 2023). Öffentlich diskutiert wird über Sprache vor allem dann, »wenn sie verändert werden soll, wenn markante Sprachwandelphänomene auftreten oder wenn gesellschaftliche Entwicklungen Sprachverfall befürchten lassen. Dies hat die hitzige Debatte über die Rechtschreibreform, oder in jüngerer Zeit, auch der Diskurs über Anglizismen im Deutschen gezeigt« (Solís 2011: 163). Ein öffentlicher Raum ist die Politik. Sprache und Politik sind eng miteinander verknüpft und haben eine lange gemeinsame Tradition. Die Ergebnisse einer Studie des Vereins *Geschlechtergerechter* (2021) zeigen sogar einen Zusammenhang zwischen Geschlechtsidentität und politischer Orientierung:

Besonders wichtig ist die eigene Geschlechtsidentität [...] für Männer, die politisch rechts stehen. Für 62 Prozent von ihnen ist ihr Mannsein wichtig, für zwei Drittel davon sogar sehr wichtig. Demgegenüber identifizieren sich nur gerade 12 Prozent der linksstehenden Männer sehr stark mit ihrem Geschlecht. (Verein Geschlechtergerechter 2021: 12)

Im Folgenden wird auf den Ursprung solcher Debatten zurückgeblickt: Nach einem entsprechenden kurzen Einblick in das Thema *Sprachgesellschaften* und *Sprachpflege* werden ein paar Beispiele aus der Gegenwart aufgegriffen, in welchen das Gendern in der Politik thematisiert wird. Dabei wird aufgezeigt, wie es teilweise für rechte politische Zwecke instrumentalisiert wird. Abschliessend wird in einem eigenen Kapitel auf den »Aufruf gegen das Gendern im öffentlich-rechtlichen Rundfunk (ÖRR)« eingegangen, weil er gut aufzeigt, dass eine Instrumentalisierung nicht vor der Linguistik Halt macht. »Wie ARD und ZDF unsere Kinder indoktrinieren« (Hümpel et al. 2022) lautet etwa der Titel eines Gastbeitrags in *Die Welt* mit Luise Vollbrecht (vgl. Kapitel 11.3) als Mitautorin. Darin ist bspw. von »Trans-Ideologie« die Rede und von einer »Fehlinformation der ›Vielgeschlechtlichkeit« (vgl. Hümpel et al. 2022).

10.1 Ursprünge: Sprachgesellschaften und -pflege

Die Zusammenhänge zwischen Sprache und Öffentlichkeit bzw. Politik gehen historisch schon sehr weit zurück. Lobin bspw. beschreibt den Kampf gegen Fremdwörter als die »Mutter aller Sprachschlachten« (Lobin 2021: 22). Dieser beginnt bereits im frühen 17. Jahrhundert, als die ersten deutschen Sprachgesellschaften gegründet wurden. Was als polemisch-satirische Sprachkritik begonnen hatte, nahm nach und nach die Form einer öffentlichen, institutionalisierten Sprachpflege an.

Eine der bedeutendsten Sprachgesellschaften der Barockzeit war die 1617 gegründete »Fruchtbringende Gesellschaft« (Riecke 2016, Kapitel 5.2, Abs. 2). Das Ziel ihrer Mitglieder war der Verzicht auf die »Einmischung fremder ausländischer Flickwörter« in der gesprochenen und in der geschriebenen Sprache (Riecke 2016: Kapitel 5.2, Abs. 4) und somit eine Ablehnung und Abgrenzung gegenüber den anderen, »lange bevor es eine eigene deutsche Nation als Staatsgebilde überhaupt gab« (Lobin 2021: 23). Ein besonderer Dorn im Auge war eine »Orientierung der gesellschaftlichen Eliten an der französischen Kultur und Lebensart« (Riecke 2016: Kapitel 5.2, Abs. 14) und folglich eine Französisierung der deutschen Sprache.

Das Interesse dieser Sprachgesellschaften an der Sprache war stets an politische Ziele gekoppelt. Sprache wurde nicht vordergründig als Kommunikationsmittel oder lexikalisch-grammatisches System verstanden, sondern als Mittel für kulturelle, gesellschaftliche und politische Zwecke (Riecke 2016: Kapitel 5.2, Abs. 9). Zu bedenken ist, dass die Gesellschaftsmitglieder sich vor allem aus adligen und bürgerlichen Männern und ein paar wenigen Frauen zusammensetzten. Die Überzeugungen, Werte und Normen, die u.a. in die ästhetische Bewertung der Sprache einfließen, waren also stets die einer ganz bestimmten, elitären und konservativen Gesellschaft: »Nicht um die bloße Beschreibung der Sprache ging es den Sprachforschern, sondern um ihre Bewertung und Tauglichkeit für ein gewissermaßen höheres Ziel« (Riecke 2016: Kapitel 5.2, Abs. 9). Dieses höhere Ziel war die Tugendpflege, ein Sprachverfall konnte also auch das Ende der Tugend und Sittenhaftigkeit bedeuten (Riecke 2016: Kapitel 5.2, Abs. 13). Diesen alten Topos finden wir in anderer Form in der Gegenwart wieder, bspw. wenn die konservative, traditionsreiche, in journalistischen Kreisen auch als »Alte Tante« (Watson (trs) 2015) bezeichnete Neue Zürcher Zeitung (NZZ) über gendergerechte Sprache von einer »Anweisung zur Hyperkorrektheit« (Trutkowski 2020) schreibt oder Claudia Wirz, freie Journalistin, die bis Mitte 2016 über 20 Jahre lang NZZ-Redaktorin war (vgl. Wirz o. D.), von einer »Gewissensprüfung« und »Tugendschau« spricht (vgl. Dschen 2021).

Der Dreissigjährige Krieg erschwerte die Arbeit der Sprachgesellschaften erheblich (Riecke 2016: Kapitel 5.2, Abs. 5). Nach der Gründung des ersten deutschen Nationalstaates gab es ab 1871 abermals Bemühungen, Fremdwörter aus dem deutschen Sprachgebrauch zu verbannen und die neu gezogenen Landesgrenzen sprachlich zu festigen. Der 1885 gegründete Allgemeine Deutsche Sprachverein (ADSV) konnte sich mit Ausdrücken wie »Umschlag«, »Absender«, »Fahrkarte« und »Abteil« insbesondere im Bereich des Postwesens und des Bahnverkehrs erfolgreich durchsetzen. Wissenschaftler*innen aus der Germanistik waren vom Treiben des ADSV wenig begeistert. Das allgemeine Verständnis war das einer sich frei entwickelnden Sprache ohne die Notwendigkeit einer aktiven Sprachpflege. Während des Zweiten Weltkriegs war der Verein besonders un-

ter den Nationalsozialist*innen beliebt und radikalisierte sich bis zu einem regelrechten Sprachrassismus:

[D]as Wesen der deutschen Sprache [ist] an die Werte der arischen Grundsprache gebunden und [steht und fällt] mit ihnen, so etwa wie das Wesen des gesamten deutschen Volks- und Menschthums ohne die nordische Grundlage undenkbar ist. (zit.n. Göttert 2019: 308)

In der Schweiz war es der 1904 gegründete Deutschschweizerische Sprachverein, der sich früh Themen wie »Mundart und Hochsprache«, »Sprachpflege« und »Sprachschutz« widmete (Boesch 1968: 220). Nachdem der Nationalsozialismus das Verhältnis der Schweiz zum Hochdeutschen negativ beeinflusst hatte, gründete der Verein 1945 die Monatszeitschrift *Sprachspiegel* mit folgender Absicht:

Wir wollen das Verhältnis von Mundart und Schriftsprache im Gleichgewicht zu halten suchen, aber auch das Recht der deutschen Sprache auf Schweizerboden wahren und ihrer ungerechtfertigten Hintansetzung und modischer Fremdtümelei widersprechen im Gedanken, dass Sprache und Politik verschiedene Dinge sind. Die Zeitschrift soll unser sprachliches Leben widerspiegeln. (Steiger 1945: 3)

In derselben Ausgabe hiess es zudem:

Der Staat soll so reden, dass ihn jeder Bürger versteht. Der absolutistische König oder der allgewaltige Diktator mag mit dem Firlefanzen volksfremder Wörter prunken und seine Untertanen blenden wie er will, der Demokrat aber hat sein gutes Anrecht auf Gemeinverständlichkeit. (Thürer 1945: 8)

Die Sprachpflege des Vereins erregte dennoch wenig Aufsehen (Niederhauser/Wyss 2010: o. S.).

Aus dem ADSV entstand 1945 die Gesellschaft für deutsche Sprache (GfdS) mit neuen Visionen und Zielen, die heute den Ruf eines seriösen Sprachvereins hat und sogar halbstaatliche Aufgaben wahrnimmt (Lobin 2021: 23f.). Die GfdS hat sich zum Ziel gesetzt, »das Bewusstsein und das Interesse für die deutsche Sprache – für ihre Funktion, ihre Besonderheiten und ihre Eigenheiten – bei allen, die Deutsch sprechen und lernen, zu fördern« (GfdS o. D.: *Die Gesellschaft für deutsche Sprache stellt sich vor*), und wird in diesem Vorhaben von der Bundesregierung, den Bundesländern und einem Förderkreis unterstützt. Vom ursprünglichen deutschen Sprachpurismus ist nichts mehr zu spüren. Anders verhält es sich beim Verein Deutsche Sprache (VDS), der eine aktive sprachpuristische Anglizismenkritik betreibt (Lobin 2021: 24). Der VDS wird in Kapitel 10.4 näher vorgestellt. Im Rahmen dieser Arbeit sind insbesondere seine Positionen in Bezug auf geschlechterinklusive Sprache von Interesse. An dieser Stelle soll noch kurz erwähnt werden, dass Verbindungen zum VDS auch in der Schweiz bestehen und einzelne Vereine in der Schweiz mit ihm sympathisieren. Der VDS führt z. B. den sogenannten »Anglizismen-Index« als »Orientierungshilfe für alle, die deutsche Texte mit englischen oder pseudoenglischen Ausdrücken nicht verstehen oder sie ablehnen und auch für jene, die

Anglizismen in eigenen Texten möglichst vermeiden wollen« (VDS 2021: *AG Anglizismenindex*). Zur Funktion steht auf der Website des VDS Folgendes:

Der Anglizismen-Index setzt einem Anglizismus eine deutschsprachige Entsprechung entgegen, und zwar so früh wie möglich und unabhängig von der Häufigkeit seines Auftretens. Damit begegnet er entbehrlichen Anglizismen schon im Anfangsstadium ihres Erscheinens. Er ist somit ein aktuelles Nachschlagewerk und unterscheidet sich mit diesem Ansatz von beschreibenden und beobachtenden Betrachtungsweisen und Haltungen zu unserer Muttersprache. (VDS 2021: *AG Anglizismenindex*)

Erwähnenswert ist der »Anglizismen-Index« deshalb, weil bspw. der seit 1947 bestehende Sprachkreis Deutsch (ehemals Bubenbergs-Gesellschaft) mit Sitz in Bern diesen auf der eigenen Website verlinkt (vgl. Sprachkreis Deutsch o. D. a: *Anglizismenindex*). Der Verein, der offen gegen Anglizismen und Amerikanismen ist, gibt sich zwar als »politisch und konfessionell neutraler Verein zur Pflege von Hochdeutsch und Mundart in der (deutschen) Schweiz« (Sprachkreis Deutsch o. D. b: *Der Sprachkreis Deutsch stellt sich vor*), scheint aber dem VDS und seinen Positionen nahezustehen. Der VDS selbst führte den Sprachkreis Deutsch in der Liste der eigenen Mitgliedschaften auf (vgl. VDS o. D. c: *Partnerorganisationen*). Zwar steht im Leitbild des Sprachkreises Deutsch nichts zum Thema gendersensible Sprache; gibt mensch in der Suchfunktion der Website allerdings Begriffe wie »gendergerechte Sprache«, »Sprachfeminismus« oder »generisch« ein, tauchen zahlreiche Beiträge auf, welche die Positionen des VDS zum Thema widerspiegeln. Darunter befinden sich auch linguistisch unhaltbare Thesen wie jene, dass die Pluralform die weibliche sei und die deutsche Sprache deswegen »so frauenfreundlich, wie es mehr eigentlich gar nicht geht« (Meinunger 2014). Das ist jedoch nicht korrekt, weil das Deutsche eine sogenannte fusionale Sprache ist, »bei der (vor allem bei grammatischen Morphemen wie Artikeln, Pronomen, Suffixen) kein Eins-zu-Eins-Verhältnis zwischen Form und Funktion besteht, sodass Pronomen und Artikel für sich genommen nur in Ausnahmefällen eindeutig auf ein bestimmtes Genus (grammatisches Geschlecht) hinweisen« (Stefanowitsch 2013). Weil sich die These auf falsche linguistische Grundlagen stützt und deshalb von Kritiker*innen geschlechtergerechter(er) Sprache kaum aufgegriffen wird, ist eine weitere Auseinandersetzung an dieser Stelle nicht notwendig, da im Rahmen dieser Arbeit nicht zielführend. Stattdessen wird im Folgenden näher auf den VDS eingegangen.

10.2 Aufruf gegen das Gendern im öffentlich-rechtlichen Rundfunk (ÖRR)

Über die Website *Linguistik vs. Gendern* (2022) startete Germanist Fabian Payr den Aufruf »Wissenschaftler kritisieren Genderpraxis des ÖRR« (Payr 2022). Seit 2020 hätte die Verwendung geschlechtergerechter Sprache im öffentlich-rechtlichen Rundfunk (ÖRR) stark zugenommen. Als Grund wird eine »Bewertung des generischen Maskulinums als diskriminierende Sprachform« (Payr 2022) angegeben, »die wir als Sprachwissenschaftler und Philologen zurückweisen« (Payr 2022). Deshalb werde eine kritische Neubewer-

tung des Sprachgebrauchs auf sprachwissenschaftlicher Grundlage gefordert. Als Vorbild für Millionen Menschen sei der ÖRR verpflichtet, sich »an geltenden Sprachnormen zu orientieren und mit dem Kulturgut Sprache regelkonform, verantwortungsbewusst und ideologiefrei umzugehen« (Payr 2022). Auch solle der Wunsch einer Mehrheit von Medienkonsument*innen, die Umfragen zufolge den »etablierten Sprachgebrauch« (Payr 2022) bevorzuge (vgl. dazu auch Kapitel 10.3), berücksichtigt werden. Es folgt eine Reihe von Argumenten, die in der Diskussion ums Gendern immer wieder hervorgebracht und unter Kapitel 11 aufgegriffen werden. Insgesamt sei die Berichterstattung des ÖRR »unausgewogen, vielfach tendenziös und dient im Wesentlichen der Legitimation der eigenen Genderpraxis«. Befürworter*innen würden häufiger als Expert*innen eingeladen und einen deutlich grösseren Redeanteil erhalten. Zudem sei problematisch, dass sich Moderator*innen zum Gendern bekennen. Während eine positive Darstellung des Genderns überwiege, würden Kritiker*innen als »reaktionär, unflexibel und frauenfeindlich geschildert« (Payr 2022). Es folgt eine Liste mit über fünfhundert Germanist*innen (wobei die Expertise nicht in jedem Fall überprüft bzw. nachgewiesen werden kann) bzw. Unterzeichner*innen des Aufrufs (Stand 21. März 2023). Die Aktion wird in der vorliegenden Arbeit erwähnt, weil sie aufgrund der erhaltenen medialen Aufmerksamkeit nicht unkommentiert bleiben kann, wobei die (nahezu mantraartigen) Argumente nicht nur aus linguistischer Perspektive eher fragwürdig sind (z.B. die pauschale Abwertung psycholinguistischer Studien). Die Unterzeichnenden werden als homogene Gruppe der »Sprachwissenschaftler und Philologen« konstruiert, die sich (zudem) für das vermeintlich generische Maskulinum ausspricht. Hier wird impliziert, dass unter Wissenschaftler*innen im Grunde genommen Einigkeit herrsche. Der Name der Website *Linguistik vs. Gendern* suggeriert des Weiteren eine Opposition zwischen Linguistik und Gendern, als wären es zwei distinkte, nicht miteinander vereinbare Dinge. Dabei ist anzunehmen, dass es mindestens genauso viele Germanist*innen gibt, die sich anders positionieren und diesen Aufruf deshalb nicht unterzeichnet haben.

Sprache wird als Kulturgut definiert – also etwas, das allen gleichermassen gehört, so dass jede Einzelperson und Organisation über ihren eigenen Sprachgebrauch entscheidet. Gleichzeitig soll sich der ÖRR jedoch an die von den Unterzeichnenden befürworteten Sprachnormen halten, was widersprüchlich erscheint. Die eigene Position wird dabei als ideologiefrei dargestellt, während sich bspw. Moderator*innen zum Gendern *bekennen*, als ob es sich dabei um eine Art Religion handle. Ihnen wird abgesprochen, dass sie über ihren eigenen Sprachgebrauch entscheiden können.

10.3 Keine neutrale Berichterstattung über das Gendern

Gegner*innen des Genderns argumentieren manchmal, dass Befürworter*innen, wenn sie an Medienformaten (Radio- und Fernsehsendungen, Podiumsdiskussionen etc.) zum Thema Gendern teilnehmen, mehr Redezeit erhalten würden (vgl. Payr 2022) und dass eingeladene Expert*innen vorrangig »aus dem Lager der Befürworter« (Payr 2022) stammen. Zur Redezeit müssten allerdings erst entsprechende Studien durchgeführt werden, um die Behauptung zu belegen. Insgesamt wird insinuiert, dass keine neutrale Berichterstattung über das Gendern geführt werde bzw. es würde das Gendern unberech-

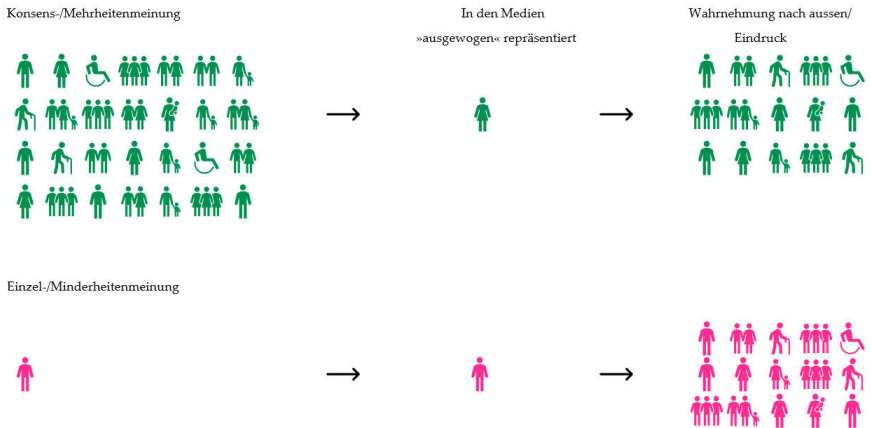
tigterweise positiv dargestellt werden, während Kritiker*innen als »reaktionär, unflexibel und frauenfeindlich« (Payr 2022) beschrieben werden. Eine Sammlung von Artikeln aus drei Tagen Berichterstattung als Beispiel legen jedoch nahe, dass die Behauptungen in Zweifel gezogen werden können:

- »Ist das Wort ›Muttersprache‹ dann auch nicht mehr erlaubt?« (vgl. Zingg 2023, 22. Mai)
- »»Das finde ich grauenvoll« – Beim Gendern scheiden sich die Geister« (vgl. Alpiger, Baalbaki 2023, 22. Mai)
- »Mehrheit wehrt sich zu Recht gegen den moralischen Anspruch der Genderer« (vgl. Graf 2023, 23. Mai)
- »»Tschüss Genderstern!«: Sprachwandel kann nicht von oben erzwungen werden. Gut, dass das Zürcher Stimmvolk nun ein Ausrufezeichen setzen kann« (vgl. Fritzsche 2023, 24. Mai)

Im Artikel von Graf (2023) äussert sich Heide Wegener, eine emeritierte Linguistik-Professorin aus Deutschland, als Kritikerin des Genderns. Angesichts der vorhandenen Expertise in der Schweiz zu diesem Thema lässt sich vermuten, dass die Redaktion von 20-Minuten keine andere geeignete Person finden konnte, die eine ablehnende Haltung dazu einnimmt. Es lässt sich nicht ausschliessen, dass hier eine sogenannte ungleiche Darstellung (engl. *False Balance*) vorliegt (vgl. Wolf 2021). Ein *False Balance System* ist die gleichwertige Darstellung von zwei unterschiedlichen Positionen (z.B. zum »generischen« Maskulinum), obwohl wissenschaftlicher Konsens besteht bzw. wissenschaftliche Fakten klar für eine der zwei Positionen sprechen.

Abbildung 6: *False Balance* – Klassisches System (eigene Darstellung, angelehnt an Wolf 2021)

Falsche Ausgewogenheit (engl. *False Balance System*)



Es besteht auch eine radikalisierte Form dieses Effekts: Eine Radikalisierung ist dann gegeben, wenn Einzelmeinungen auf Blogs, Meinungswebsites und ähnlichen Medien

als vollwertig dargestellt werden, während der allgemeine Konsens gar nicht oder negativ dargestellt wird (vgl. Wolf 2021).

Es ist daher wichtig, bei der Beurteilung der Medienpräsenz von unterschiedlichen Standpunkten zum Thema Gendern differenziert vorzugehen und eine umfassende Analyse der Faktoren durchzuführen, die die Präsenz und Repräsentation von Gegner*innen und Befürworter*innen in den Medien beeinflussen können.

10.4 Der Verein Deutsche Sprache (VDS) in der »Gendern-Debatte«

Der Verein Deutsche Sprache (VDS) gilt als eine der lautesten Stimmen gegen einen geschlechtersensiblen Sprachgebrauch, insbesondere an Hochschulen. 1997 von Statistik-Professor Walter Krämer gegründet (Lobin 2021: 73), ist die Vereinigung relativ jung, aber auch in der Schweiz nicht gänzlich unbekannt. War die Sympathie des Vereins für die AfD (»Alternative für Deutschland«) in den letzten Jahren noch nicht so offensichtlich, so bezeichnet sich der VDS heute selbst auf der Website als »AfD für gutes Deutsch« (VDS o. D.). In der Schweiz ist der VDS nicht vertreten, dafür bestehen Zusammenarbeiten mit eigenständigen Vereinen wie dem Sprachkreis Deutsch. Dies wird aber nicht immer transparent kommuniziert. Unter »Regionale Vertretungen Europa« gibt der VDS für die Schweiz lediglich zwei Kontakte an – Journalistin Regula Heinzelmann und Autor Gero Greb (vgl. VDS o. D. b: *Regionalvertretungen*), beide freilich ohne mediale Präsenz bzw. Relevanz. Lobin bringt die Beziehung zwischen VDS und der akademischen Linguistik auf den Punkt, wenn er schreibt:

Wenn man Germanistik studiert hat und in der Sprachwissenschaft arbeitet, kommt man mit dem Verein Deutsche Sprache (VDS) nicht sehr oft in Kontakt. Nur von Ferne nimmt man die verschiedenen Aktionen des Vereins [...] wahr, [...] es gibt für eine Wissenschaftlerin oder einen Wissenschaftler zumeist wenig Anlass, sich mit derartigen Vereinen näher zu befassen. Allerdings sollte man wissen, dass sie sehr einflussreich sein können. (Lobin 2021: 67)

Ein solcher Anlass war der Aufruf bzw. das Flugblatt der VDS-Initiative *Schluss mit Gender-Unfug! Mutige Studenten gesucht!*. Darin steht:

Wir suchen Studenten und Studentinnen, die bereit sind, vor Gericht gegen rechtswidrige sprachpolizeiliche Genderregeln ihrer Universitäten vorzugehen, etwa weil eine nicht diesen Vorschriften entsprechende Seminar- oder Abschlussarbeit schlechter benotet oder zurückgewiesen worden ist. (VDS o. D. a: *Mutige Studenten gesucht!*)

Es ist die Rede von »Gender-Unfug«, »Sprachpolizei« und »Vorschriften«. Der Verein legt damit nahe, dass Studierende unrechtmässig zum Gendern gezwungen würden, und verspricht deshalb jenen, die sich durch die Anforderung, genderinklusive Sprache in Seminararbeiten zu verwenden, benachteiligt sehen, anwaltliche und sprachwissenschaftliche und gar finanzielle Unterstützung in Form einer kompletten Prozesskostenübernahme. So auch im Fall Lukas Honemann, Lehramtsstudent der Universität Kassel

(vgl. Sädler 2021). Auf der Website der Universität steht bzw. stand¹ über geschlechtergerechte Sprache als Bewertungskriterium in schriftlichen Arbeiten Folgendes:

An der Universität Kassel gibt es keine hochschulweit geltende, einheitliche Regelung zur Verwendung von geschlechtergerechter Sprache – auch nicht in Bezug auf Klausuren, Seminar-, Haus- oder Abschlussarbeiten. Im Sinne der Lehrfreiheit steht es Lehrenden grundsätzlich frei, die Verwendung geschlechtergerechter Sprache als ein Kriterium bei der Bewertung von Prüfungsleistungen heranzuziehen. (Universität Kassel o. D.: *Geschlechtergerechte Sprache*)

Honemann wandte sich an die Medien, nachdem er für das Verwenden des generischen Maskulinums in seiner Arbeit Punktabzug erhalten hatte. »Politische Akte dürfen nicht benotet werden« (Lohr 2021), begründete er in einem Interview. Am Beispiel dieser Episode stellt sich die Frage nach der politischen Bedeutung von Sprachleitfäden bzw. deren Verbindlichkeit innerhalb der Hochschulen. (Entsprechende Daten wurden im Rahmen dieser Arbeit erhoben und sind unter Kapitel 13 zusammengefasst.)

Dass die Initiative des VDS bislang keinen grossen Erfolg hatte (Lobin 2021: 73), lässt sich möglicherweise damit erklären, dass sich vermutlich mehr Studierende nicht gegen, sondern für die Verwendung geschlechtergerechter(er) Sprache aussprechen. Ein Beispiel wäre der Studierendenverein queer* z der Zürcher Hochschulen (UZH & ETHZ), welcher einen selbst entwickelten *Leitfaden zum inklusiven Umgang mit allen Geschlechtern* der universitären Gemeinschaft zur Verfügung stellt. Da die Frage nach der Akzeptanz von Sprachleitfäden vonseiten der Studierenden und der Grad ihrer Beteiligung im Entwicklungsprozess nicht gänzlich erklärt ist, wird sie im empirischen Teil der vorliegenden Arbeit (Kapitel 13) näher untersucht.

Der VDS macht auch in weiteren lauten Aktionen öffentlich auf die Anliegen des Vereins aufmerksam, die nicht selten auf falschen linguistischen Gegebenheiten beruhen und deshalb schnell laienlinguistisch wirken. So kritisierte VDS-Gründer Walter Krämer in einem Brief an die Mitglieder der Rundfunkräte aller öffentlich-rechtlichen Sender in Deutschland die Einführung des sogenannten *Glottisschlags* (ein stimmloser glottaler Plosiv, auch als *Knacklaut* oder manchmal als *Genderpause* bezeichnet)² in der gesprochenen Sprache als eine den Regeln der deutschen Rechtschreibung widersprechende Praktik und vermischte somit die Ebenen mündlicher und schriftlicher Sprache. Weitere Beispiele sind die falsche Behauptung, der Rat für deutsche Rechtschreibung habe sich gegen das Gendern ausgesprochen und dass maskuline Personenbezeichnungen, grundsätzlich generisch seien und als solche wissenschaftlich klar belegt (vgl. Lobin 2021: 75). Krämer macht zudem widersprüchliche Aussagen, wenn er einerseits den *Glottisschlag*

1 Während einer URL-Überprüfung im Mai 2023 wurde festgestellt, dass der Text mittlerweile in dieser Form nicht mehr vorzufinden ist.

2 In vielen Varietäten des Deutschen tritt der Glottisschlag bzw. Glottisverschlusslaut (ein konsonantischer stimmloser Sprachlaut) vor einem einleitenden vokalen (absoluten) Wortanlaut wie in *Ente* [ˈntə], *Igel* [ˈi l] oder *Uhr* [ˈu] sowie in Zusammensetzungen (z.B. in *Spiegelei* [ˈpi l , a]) oder *Hausarbeit* [ˈha s arba t]) oder auch nach Präfixen (z.B. in *beinhalten* [bəˈn , haltn] oder *aufopfern* [ˈa f pf n]) auf. Es handelt sich also nicht um eine »Pause«, auch wenn manchmal von »Genderlücke« oder »Genderpause« die Rede ist.

als unzumutbar erachtet, sich andererseits an ebendemselben im Wort »Bäckerinnung« (»Bäcker-Innung«) nicht stört, so in einem Gastbeitrag der Zeitschrift *Cicero – Magazin für politische Kultur* (vgl. Krämer 2020). Im selben Artikel ist von »Gender-Unfug«, »Sprachterror« und einer »verbohrten Ideologenclique« die Rede, die »ganze Stadtverwaltungen und Universitäten überzieht« (Krämer 2020). Die hier angewandte Metaphorik entzieht sich einer sachlichen Diskussion. Stattdessen markiert sie Gegner*innen der Deutschen Sprache (*Terrorist*innen, Ideolog*innen*), ohne sie konkret zu benennen, und versucht, ihnen die Zurechnungsfähigkeit und somit die Teilhabe am Diskurs zu entziehen (*Gender-Unfug*). Lobin stellt fest, dass der akademische Bereich und insbesondere die Genderforschung für den VDS und einige politische Parteien beliebte zentrale Gegner*innen darstellen (Lobin 2021: 91). Die Rhetorik des VDS ist auch bei politischen Parteien in der Schweiz wiederzufinden, die dies für ihre Politik übernehmen. Inwiefern sie dabei das Thema Sprache für ihre Zwecke instrumentalisieren, wird im folgenden Kapitel dargestellt.

10.5 Geschlechtergerechte(re) Sprache in der Politik: über AfD, Junge Union, SVP

In den letzten Jahren haben Politiker*innen vermehrt das Thema der geschlechtergerechte(re)n Sprache aufgegriffen (vgl. Abou-Chadi et al. 2021, zit.n. Jöckel et al. 2021: 443). Dabei geht es nicht nur um das Gendern, sondern auch um die politische Positionierung im Kontext von Geschlechtergerechtigkeit und Gleichstellung³. Im Folgenden werden ein paar Beispiele aufgezeigt, wie Politiker*innen das Thema Gendern in ihrer politischen Agenda verwenden und welche Auswirkungen dies auf das Leben non-binärer Menschen hat.

Der Aufstieg der Alternative für Deutschland (AfD) brachte das Thema geschlechtergerechte(re) Sprache verstärkt in das deutsche Parlament (vgl. z.B. Behrensen 2023). Auf der Website der Partei (vgl. AfD o. D.) finden sich zahlreiche Beiträge gegen das Gendern, mit Überschriften wie:

- Keine unsinnige Gendersprache in den Parlamenten! (AfD 2021a)
- Deutsch als Landessprache ins Grundgesetz! (AfD 2021b)

3 Interessante Ergebnisse zum Thema Politik und Geschlecht liefert die *Sotomo* Studie des Vereins Geschlechtergerechter (2021): »Nicht-binäre Schreibweisen werden vor allem von Personen verwendet, die einer der Linksparteien SP und Grüne nahestehen. Dagegen verwenden SVP-nahe Personen beinahe ausschliesslich binäre Formulierungen oder nennen nur die männliche Form« (Verein Geschlechtergerechter 2021: 37) und »Personen, die linken Parteien nahestehen, haben vermehrt fluide Vorstellungen von Geschlechtlichkeit, Personen, die rechten Parteien nahestehen, eher binäre Auffassungen« (Verein Geschlechtergerechter 2021: 31). Geht es um die Bewertung von Einflussfaktoren von Geschlechterunterschieden, heisst es: »Linke betonen die Bedeutung der Gesellschaft, Rechte die Bedeutung der Biologie. Doch auch hier ist es jeweils nur eine Minderheit, die dogmatisch einen der beiden Einflussfaktoren ausschliesst.« (Verein Geschlechtergerechter 2021: 41)

- Gender-Unsinn im Online-Duden ist ein Angriff auf unsere Sprache und Kultur! (AfD 2021c)
- Deutsche Sprache schützen! (AfD 2020)
- Vergewaltigung der deutschen Sprache verhindern! (AfD 2018)
- Die sogenannte »gendergerechte Sprache« ist ein Orwell-Projekt (AfD 2019)

Letztgenannte Überschrift entstammt einem Artikel von Alice Weidel, Fraktionsvorsitzende im Deutschen Bundestag. Darin verweist Weidel explizit auf den VDS und dessen Initiativen und bezeichnet die »Propagandisten« gendergerechter Sprache als »absurd und unwissenschaftlich« (AfD 2019):

Die Propagandisten der »Gendersprache« stellen sich vorsätzlich dumm. Sie verwechseln absichtlich grammatikalisches und biologisches Geschlecht, obwohl beides im Deutschen nicht direkt zusammenhängt, und ignorieren bewusst das seiner Definition nach geschlechtsneutrale generische Maskulinum in Bezeichnungen wie »Bürger« oder »Lehrer«. Das ist absurd und unwissenschaftlich. (AfD 2019)

Die Diskussion um grammatikalisches und biologisches Geschlecht oder das sogenannte generische Maskulinum ist jedoch um einiges komplexer als von der Politikerin dargestellt (vgl. Kapitel 11.1). Weidel greift in ihrem Beitrag ebenfalls auf einen beliebten Topos von Gegner*innen gendergerechter Sprache (vgl. Lobin 2021: 34f.) zurück:

Die sogenannte »gendergerechte« Sprache ist ein Orwell-Projekt. Sie vergewaltigt nicht nur unsere Muttersprache und zertrümmert Texte bis zur Unlesbarkeit, sie will über die Manipulation der Sprache auch unser Denken im Sinne der Gender-Ideologie beeinflussen und kontrollieren [...]. (AfD 2019)

Weidel stellt an dieser Stelle einen Zusammenhang zu George Orwells Roman 1984 her. Die gendergerechte Sprache soll nicht nur die »Muttersprache« missbrauchen, sondern auch ein Mittel sein, um Menschen in ihrem Denken zu beeinflussen und zu kontrollieren. Weidel bedient sich zum einen einer Metaphorik, die Sprache als verletzbaren bzw. bereits misshandelten Körper inszeniert (vgl. Lobin 2021: 87; Stukenbrock 2005), zum anderen beschwört sie eine »Gender-Ideologie« ohne die konkrete Benennung der dahinterstehenden Ideolog*innen herauf. Die erzeugten Bilder gehören ebenfalls zur Ausdrucksweise des VDS (vgl. Lobin 2021: 85ff.), der sich, auch wenn die AfD teilweise ganze Formulierungen des Vereins für eigene Pressemitteilungen verwendet, bis zum heutigen Tag nicht vom nationalistischen Tun der Partei distanziert (Lobin: 2021: 123f.).

Die Sprachkritik nimmt in einigen Fällen gar antisemitische Züge an, so im Fall der Jungen Union (JU), die in einem Post vom 31. März 2021 auf Social Media (wie Facebook, Instagram) den Holocaust relativierte: Veröffentlicht wurde ein Sharepic einer jungen Frau in einem grauen Hoodie und mit Ear-Plugs im Ohr. Ihr Blick ist nach oben gerichtet. Über ihrem Kopf steht »Die Freiheit des Denkens stirbt mit dem Zwang zum Stern«. Der Post wurde begleitet von folgendem Text:

Verpflichtung zum #Gendersternchen & Freiheit zum Denken – Wie passt das zusammen? ✗ Neuerdings werden an Hochschulen schlechtere Noten vergeben, wenn Studentinnen und Studenten nicht gendern. 🗨️ Wir sind der Meinung: Mehr #Gerechtigkeit erreicht man nicht durch neue Diskriminierungen! Wer gendern möchte, soll dies tun. Wer nicht #gendern möchte, soll es lassen. 🗨️ Die Freiheit jedes Einzelnen steht über der #Ideologie mancher linker Sprachpolizisten! 🗨️ (Junge Union Deutschlands 2021)

Abbildung 7: Die Junge Union über das Gendersternchen. Screenshots vom 31. März 2021 (@junge_union; @jungeunion)



Nachdem heftige Kritik geäußert wurde, wurde das Wort »Stern« nur wenige Stunden später durch »Gendersternchen« ersetzt. Die JU verglich in der ersten Version des Posts den Zwang, den sogenannten Judenstern, ein nationalsozialistisches Unterdrückungssymbol, zu tragen, mit dem vermeintlichen Zwang, den Genderstern zu nutzen. Auslöser für diesen Beitrag war der Fall Honemann (vgl. dazu Kapitel 10.4). Wieder ist von »Ideologie«, »Sprachpolizisten« und »Verpflichtung« die Rede. Ein Punkteabzug in einer schriftlichen wissenschaftlichen Arbeit wird als »neue Diskriminierung« empfunden, die individuelle Freiheit als Gut, das über der Gesinnung (wieder nicht klar definierter) linker Gegner*innen steht.

Auch Markus Blume, Generalsekretär der CSU, teilte am 20. September 2021 ein Text-Bild auf seiner persönlichen, öffentlich zugänglichen Facebook-Seite: »EN-INNEN KEINE GENDERPFLICHT AN UNSEREN UNIS UND HOCHSCHULEN!« (Hervorhebungen im Original) Begleitet wurde das Bild von dem Text: »Wer gendern mag, soll gendern, aber niemand soll dazu gezwungen werden. Wir lehnen eine Genderpflicht ab. Wir stehen für Identität statt Ideologie« (Blume 2021).

In der Schweiz ist es z.B. Susanne Brunner, Abgeordnete der Schweizerischen Volkspartei (SVP), die gegen die »Sprachpolizei« im Zürcher Gemeinderat kämpft (vgl. Brun-

ner 2019: 10; Fritzsche 2019). Am 28. August 2019 reichte Brunner gemeinsam mit Parteikollege Stephan Iten eine Interpellation im Gemeinderat ein. Das Büro des Gemeinderats weigerte sich jedoch, diese entgegenzunehmen mit der Begründung, sie sei nicht geschlechtergerecht formuliert, was gegen die Regeln des Büros verstösst. Brunner hatte den Text in der männlichen Form verfasst. Sie versah das Dokument daraufhin mit einem Hinweis, die männliche Form inkludiere »weibliche Individuen und solche Individuen, welche sich keinem Geschlecht zuordnen« (Cucho-Curti 2020: 1). Als die Interpellation erneut abgewiesen wurde, empörte sich Brunner öffentlich über die »Genderpolizei« und legte Rekurs ein, der vom Zürcher Bezirksrat später gutgeheissen wurde. Brunner und Claudio Zanetti, ehemaliger SVP-Nationalrat, sind zudem in der Liste der Unterzeichnenden der Initiative »Schluss mit Gender-Unfug« (Verein Deutsche Sprache 2019) des Vereins Deutsche Sprache. Auch Zanetti äussert sich öffentlich zum Thema gendergerechte Sprache, so in Tweets wie »Gendern ist Neusprech. Wer gendert, schaltet sich gleich« (Zanetti 2021a), oder »Es ist noch schlimmer: Immer mehr – zur Neutralität verpflichtete – Schulen bestehen auf der Einhaltung der Gender-Regeln, die Ausdruck eines politischen Programms sind« (Zanetti 2021b). Gab es vor ein paar Jahren noch keine rechte Partei in der Schweiz mit einem offen geführten Programm »gendergerechte Sprache«, sondern einzelne mit dem VDS sympathisierende SVP-Politiker*innen, hat sich dies mittlerweile geändert. Das neue Parteiprogramm der Schweizerischen Volkspartei SVP sieht entsprechende Vorstösse vor (vgl. Köppel 2023) und die Junge SVP hat kürzlich sogar eine eigene Website zum Thema »Stop Woke!« (Junge SVP 2023) aufgeschaltet. Trans Themen werden als »Transgender-Propaganda« bezeichnet, Schlagwörter wie Political Correctness, *Cancel Culture* und Meinungsdictatur zieren die Home-Seite. Ausserdem sucht die Partei Studierende, die die »Gender-Sprache« nicht verwenden.

Abbildung 8: Website »Stop Woke!«. Screenshot vom 18. April 2023 (Junge SVP 2023).



Abbildung 9: Website »Stop Woke!«. Screenshot vom 18. April 2023 (Junge SVP 2023).



Hochschulen werden immer wieder spezifisch thematisiert. SVP-Nationalrätin Therese Schläpfer z.B. reichte am 29. September 2022 die parlamentarische Initiative »Kein Gendern an Hochschulen und Forschungsanstalten des Bundes« (Schläpfer 2022) ein. Demnach soll den vom Bund geführten Technischen Hochschulen ETHZ und ETHL und Forschungsanstalten verboten werden, »eine neue »Gendersprache« einzuführen« (Schläpfer 2022), weil dies nicht zu ihren Aufgaben gehöre. Dabei wird folgende Begründung angegeben:

Das generische Maskulin [sic!] ist eine Eigenheit der deutschen Sprache. Jeder versteht es. Genau gleich wie das generische Feminin [sic!], welches in Deutsch für die Mehrzahl verwendet wird, z.B. die Männer. Niemand hat sich je über das generische Feminin [sic!] beklagt. Es geht also gar nicht um gendergerechte Sprache, sondern offensichtlich um das Durchdrücken einer einseitigen Gleichstellungsmanie, also letztendlich um Politik. Deshalb sollten wir uns als Gesetzgeber einmischen. [...] Eine »Gendersprache« verwirrt die Studentinnen und Studenten und lenkt von der eigentlichen Aufgabe ab. [...] Zusätzlich behindert es [das Gendern] den Austausch mit anderen deutschsprachigen Hochschulen [...]. Die vom Bund bezahlten Technischen Hochschulen sollen [...] nicht ihre Studenten mit immer neuen Gendervorschriften bevormunden oder künftig gar mit Notenabzüge [sic!] wegen »falschem« Gendern vom eigentlichen Sinn und Zweck der Hochschulen abhalten. [...] Dazu kommt, dass Studenten künftig »alte« Texte immer weniger verstehen werden, was dem technischen Fortschritt nicht hilft. [...] Ändern sich gesellschaftliche Verhältnisse, schlägt sich das in der Sprache nieder. Sprachdebatten sind also immer auch politische Debatten. Es geht immer auch um kulturelle Dominanz und Macht. Deshalb gehört Gendern nicht an eine Hochschule – weil die Lehre möglichst unpolitisch sein soll. (Schläpfer 2022)

Es gibt mehrere Argumente, die gegen einige Aussagen in diesem Text sprechen: Das generische Maskulinum ist bspw. keine Eigenheit der deutschen Sprache, sondern diese

Art der Verwendung maskuliner Formen ist in vielen Sprachen bekannt, z.B. Spanisch, Französisch und Italienisch. Des Weiteren wird der Artikel *die* im Plural fälschlicherweise für ein generisches Femininum gehalten (vgl. dazu Stefanowitsch 2013). Bei der Verwendung von geschlechtergerechter(er) Sprache geht es nicht um »einseitige Gleichstellungsmanie«, sondern um die Schaffung einer inklusiven und respektvollen Sprache für alle Menschen. Dass geschlechtergerechte Sprache die Studierenden verwirrt, bleibt eine Behauptung. Es könnte entgegengehalten werden, dass, wenn sich alle Studierenden in der Sprache repräsentiert und respektiert fühlen, sie sich sogar besser auf das Lernen konzentrieren können, weil sie weniger unter Minderheitenstress leiden (vgl. dazu Kapitel 2.2). Es sei beiläufig angemerkt, dass die Beidnennung (*Studentinnen und Studenten*) im Text auch eine Form des Genderns ist. Die Idee, dass Gendern den Austausch mit anderen deutschsprachigen Hochschulen behindert oder dass Studierende »alte« Texte nicht mehr verstehen werden, wenn sie geschlechtergerecht(er) verfasst sind, ist nicht nachvollziehbar und müsste erst genauer erläutert werden. Schliesslich ist die Behauptung, dass geschlechtergerechte(re) Sprache nicht an Hochschulen gehört, da die Lehre »möglichst unpolitisch« sein sollte, nicht haltbar. Sprache ist immer politisch und ein wichtiger Teil des Bildungsauftrags von Hochschulen.

Wie nachfolgend gezeigt wird (vgl. dazu Kapitel 11), sind viele der Argumente gegen das Gendern, die von Politiker:innen vorgebracht werden, aus linguistischer und ethischer Perspektive nicht haltbar. Sie finden jedoch Anklang im Rahmen reaktionärer Politik und sind zusammen mit anderen antifeministischen Parolen schädlich, weil sie sich aktuell stark gegen trans Menschen richten (vgl. Behrensen 2023). »Queerness« und »Wokeness« werden als Ideologie bzw. »einflussreiche, homogene Theoriegebilde, die auf eine vollständige kulturelle Umerziehung des Menschen durch eine kleine, aber mächtige Minderheit« (vgl. Behrensen 2023) abzielen, konstruiert. Maren Behrensen hält diesbezüglich fest:

In diesem Zusammenhang ist insbesondere ein politischer Aktivismus zu nennen, der Selbstbestimmungsrechte für trans Menschen als Angriff auf Frauenrechte und Schutzräume für Frauen und Kinder darstellt. Seine Protagonist:innen kommen häufig aus dem Umfeld des sogenannten »genderkritischen Feminismus« (wie Kathleen Stock oder J. K. Rowling) und aus dem konservativen bis extrem rechten politischen Spektrum (wie Jordan B. Peterson oder Matt Walsh), aber sie finden mitunter Zustimmung von Menschen, die sich politisch liberal oder links verorten. (Behrensen 2023)

Die Philosoph:innen B. R. George und Stacey Goguen (2021) haben aufgezeigt, dass die systematische Verunglimpfung von bestimmten Gruppen dazu führt, dass Moralpaniken entstehen (vgl. Behrensen 2023). Früher richtete sich diese Verunglimpfung gegen Feministinnen und Homosexuelle, während heute trans Menschen betroffen sind. Die Idee der »sozialen Ansteckung« spielt hierbei eine wichtige Rolle. Es wird suggeriert, dass sich Feminismus und Homosexualität durch den Kontakt mit selbstbewussten Vertretern dieser Gruppen verbreiten (vgl. Behrensen 2023). »Diese Angst speist sich aus der Gleichsetzung eines stützenden Umgangs mit trans Jugendlichen mit Manipulation, Kindesmissbrauch und der chirurgischen Verstümmelung von Minderjährigen« (Beh-

rensen 2023; Kapitel 10.6). In den unterschiedlichen politischen Lagern seien Anti-Trans-Motive anschlussfähig, weil sie einerseits Feministinnen ansprechen, »die sich um die Belange ›biologischer Frauen‹ sorgen« (Behrensen 2023), sowie »religiöse Milieus, die sich auf naturrechtliche Vorstellungen von Partnerschaft, Geschlechtsidentität und Fortpflanzung berufen« (Behrensen 2023), und nicht zuletzt »nationalistische Milieus, die [...] Familie und Fortpflanzung als zentral für das Fortbestehen einer ethnisch definierten Volksgemeinschaft begreifen, und diese durch queere Emanzipationsbewegungen bedroht sehen« (Behrensen 2023). Dazu gezählt werden können auch Angehörige der LGBT+-Community, die sich um die Unsichtbarmachung von Lesben sorgen (vgl. dazu Kapitel 10.6) oder die Rechte von Schwulen bedroht sehen und von »queerer Homophobie« reden: »Die derzeitige queere Bewegung stellt sich im Zweifel eher schützend vor einen Heterosexuellen, der von sich behauptet, eine queere Geschlechtsidentität zu besitzen, als einem schwulen Mann oder einer lesbischen Frau beizustehen« (Saathoff 2022).

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass es bei den politischen Diskussionen zum Thema Gendern um weitaus mehr geht als um Sprache:

Der Genderstern ist zu einem Symbol für einen Kulturkampf um Sprache und Identität geworden. Geschlechterfragen sind ins Zentrum der politischen Aufmerksamkeit gerückt. Die Auseinandersetzungen darüber sind oftmals unerbittlich und verhärtet. Gerade weil sich dabei dennoch viel bewegt, sehen einige sich in ihrer Identität bedroht. (Verein Geschlechtergerechter 2021: 3)

Diese Debatten, obwohl mitunter polarisierend, spiegeln den anhaltenden Wandel wider und zeigen, dass sich unsere Gesellschaft aktiv mit Fragen der Identität beschäftigt.

10.6 Trans exkludierende Bewegungen

Alice Schwarzer brachte 2022, wie bereits in Kapitel 5.1 vorweggenommen, das Werk *Transsexualität: Was ist eine Frau? Was ist ein Mann? – Eine Streitschrift* (2022) zusammen mit EMMA-Redakteurin Chantal Louis heraus. Im Folgenden wird auf einige darin enthaltene Argumente näher eingegangen und aufgezeigt, wie einige putative feministische Gruppierungen Schwarzers Positionierungen aufgreifen, um trans Menschen auszuschließen.

Bereits die Wahl der Textgattung und des Ausdrucks »Transsexualität« im Werktitel lassen darauf schliessen, dass das Ziel nicht ein sachlicher Austausch mit Betroffenen ist, sondern ihre provokative Ausgrenzung und gleichzeitig die Stärkung der eigenen Position (vgl. dazu Bremer 2013). Die Inhalte berücksichtigen nicht die neusten Kenntnisse der Forschung; jedoch kann aus Gründen des Umfangs der vorliegenden Arbeit nur auf einzelne Punkte eingegangen werden: Im Kapitel »Transsexualität und Rollenirritation« werden bspw. unsachliche, wissenschaftlich unpräzise Begriffe verwendet wie »Geschlechtsumwandlung« statt »Geschlechtsangleichung«, die zudem nicht den offiziellen Empfehlungen von trans Organisationen entsprechen, oder es wird die Ebene des Genderausdrucks und der Genderrolle mit der Ebene der Geschlechtsidentität verwech-

selt, indem bspw. vorgeworfen wird, Transsexualität würde zunehmend als Weg begriffen, »sich für die vermeintlich ›falsche‹ Geschlechterrolle einfach den ›passenden‹ Körper zu suchen« (Schwarzer 2022). Schwarzer spricht von Frauen, die Männer werden *wollen*, und von Männern, die Frauen werden *wollen*, bzw. »neuen Frauen« und von »einer fundamentalen Leugnung auch des biologischen Geschlechtes« im Namen des Feminismus (vgl. Schwarzer/Louis 2022). Dabei nennt sie Judith Butler (vgl. Kapitel 7.2) als Beispiel, was als Behauptung nach drei Jahrzehnten wissenschaftlicher Auseinandersetzung mit poststrukturalistischen Theorien und angesichts des aktuellen Wissensstandes aus der Biologie (vgl. z.B. Montañez 2017; Brusman 2019; Hildreth 2020; Fuentes 2023) wissenschaftlich nicht mehr haltbar ist. Butler reagierte bereits in *Bodies that matter: on the discursive limits of ›sex‹* (1993) ausführlich auf die Vorwürfe der Auflösung der Materialität des Körpers, die them nach der Veröffentlichung von *Gender Trouble: Feminism and the subversion of identity* (1990) gemacht wurden (vgl. Kapitel 7.3), und beteuert auch heute immer wieder, dass they Geschlecht nicht als »Wahl« sieht anstatt eines wesentlichen und fest verankerten Selbstverständnisses.

Schwarzer greift *Gender Trouble* auf und stellt fest:

Es war damals unvorstellbar, dass unangepassten jungen Mädchen leichtfertig suggeriert würde: Ihr müsst nur den passenden Körper zu eurer seelischen Befindlichkeit haben. Statt ihnen zu sagen: Du kannst ein Mädchen sein, das für Mathematik brennt, gerne Fußball spielt oder sich in seine beste Freundin verliebt – und trotzdem einen weiblichen Körper haben. Das passt. [...] Inzwischen sind die Trans-Zahlen explodiert. Trans ist Trend. Immer mehr Mädchen und junge Frauen geraten in den Gendertrouble. Sie halten ihr so berechtigtes Unbehagen an der zunehmend widersprüchlich werdenden Frauenrolle für »transsexuell«. (Schwarzer/Louis 2022: *Transsexualität und Rollenirritation*)

Es ist von einem »Trans-Trend« die Rede. Quellen, um diese vermeintlichen Zahlen zu belegen, nennt Schwarzer an dieser Stelle nicht. Oben genannte Aussagen sind problematisch, weil sie nicht der Lebensrealität von trans Menschen entsprechen und ihren hürdenreichen Transitionsweg relativieren. Ein weiterer Aspekt, der an dieser Stelle deshalb mit einfließt, ist Schwarzers Bagatellisierung von Transitionsmaßnahmen (vgl. Müller 2019: 23, dazu auch Behrensen 2023). Behrensen betont hier einen wichtigen Aspekt:

In diesem Zusammenhang werden gerne sogenannte *detransitioners* zitiert, also Menschen, die manche oder alle der von ihnen gewählten Anpassungsmaßnahmen beueen. Der Tonfall, mit dem solche Fälle von der Anti-Trans-Propaganda genutzt werden, ist geprägt von Sorge um Weiblichkeit und Fruchtbarkeit. Abgeschnittene Brüste und herausgeschnittene Gebärmütter (wie auf dem Cover von Abigail Shiers Buch) werden zum Symbol einer bösen Ideologie, die sich nicht nur an der Natur der Weiblichkeit vergeht, sondern auch das Fortbestehen der Menschheit insgesamt gefährdet. (Behrensen 2023)

Butler nennt chirurgische Eingriffe, welchen sich einige trans Menschen unterziehen, eine »sehr mutige Transformation« (Williams 2015). Es sei immer mutig, darauf zu be-

stehen, sich Transformationen zu unterziehen, die sich notwendig und richtig anfühlen, auch wenn einzelne Menschen, wie in diesem Fall Schwarzer, oder ganze Institutionen solche »wichtigen Akte der Selbstdefinition« pathologisieren und kriminalisieren. Eine Transition ist für viele weniger ein mutiger Akt als schlicht überlebenswichtig, eine *conditio sine qua non* (vgl. Vivian 2022). Schwarzer glaubt ein Paradox erkannt zu haben:

Zu dieser neuen Freiheit der Queer-Bewegung steht der Trend zur Transsexualität allerdings in einem unlogischen Gegensatz. Während Queer-AktivistInnen die Binarität der Geschlechter infrage stellen und für ein Konzept der fluiden Geschlechtsidentität plädieren, gehen Trans-AktivistInnen von einer binären Zwei-Geschlechter-Ordnung aus und stellen die Frage: Bist du (»in Wahrheit«) eine Frau oder ein Mann? Du musst dich entscheiden! (Schwarzer/Louis 2022: *Transsexualität und Rollenirritation*)

Schwarzers Behauptungen sind unzutreffend. Erstens befinden sich unter den trans Aktivist*innen sowohl trans Männer, trans Frauen als auch non-binäre Menschen, ergo auch jene, die nicht an einer binären Zwei-Gender-Ordnung festhalten. Deshalb kann nicht von einer homogenen Gruppe von trans Aktivist*innen die Rede sein, die andere vor irgendwelche Entscheidungen stellt. Zweitens ist es zwar richtig, dass die binäre Zwei-Gender-Ordnung für trans Männer und trans Frauen wichtig ist. Transitionsmaßnahmen wie chirurgische Eingriffe oder eine Hormonbehandlung können das sein, was eine trans Person braucht, aber nicht zwangsweise. Einige trans Menschen machen auch nur einen sozialen oder/und rechtlichen Transitionsprozess durch, indem sie bspw. andere darum bitten, andere Pronomen zu nutzen, nämlich solche, die ihrer Geschlechtsidentität entsprechen, den Vornamen ändern oder sich anders kleiden. Drittens ist die queere Bewegung insgesamt nicht für die Abschaffung der Geschlechter, weil Geschlecht für viele von Bedeutung ist und manche Menschen dasjenige, das sie für sich beanspruchen, auch lieben. Würde mensch Geschlecht abschaffen, wäre eine Erschütterung ihres Selbstverständnisses die Folge. Butler betont, dass die Vielfalt von Positionen zu akzeptieren sei: Manche Menschen sind genderlos, andere haben ein bestimmtes Geschlecht, das für sie von Bedeutung ist (Williams 2015). Die queere Bewegung will also eine Erweiterung von Geschlecht, d.h., die binäre Zwei-Gender-Ordnung kann weiterhin bestehen, nur eben nicht als Norm, nach der zwingend gelebt werden muss. Schwarzers aufgezeigtes Paradox ist also gar keines. Sie geht in ihrer Argumentation allerdings noch weiter:

Alles sehr widersprüchlich? Allerdings. Denn das würde bedeuten: Das subjektiv empfundene soziale Geschlecht sei quasi angeboren und das biologische Geschlecht müsse ihm angepasst werden. Wie absurd! Das würde ja voraussetzen, dass die sozialen Geschlechterrollen irreversibel sind. Eine Auffassung, die in diametralem Gegensatz zum Feminismus und einer queeren, fluiden menschlichen Sexualität bzw. Identität steht. Wir Feministinnen und andere Fortschrittliche treten für genau das Gegenteil ein: dafür, dass das biologische Geschlecht zwar existiert, aber keine den Menschen definierende Rolle spielen dürfe (Frauen können Kinder bekommen, sind aber deswegen noch lange keine geborenen Mütter), dass die kulturellen Kategorien »Männlich« und »Weiblich« also dekonstruiert werden müssten. Und dass selbstverständlich auch die kulturelle »Zwangsheterosexualität« [...] infrage gestellt

werden müsse, denn sie ist ja das Fundament des »Sexmonopols« von Männern über Frauen. (Schwarzer/Louis 2022: *Transsexualität und Rollenirritation*)

Auch hier vermischt Schwarzer die Ebenen. Sie verwechselt das, was sie als das soziale Geschlecht benennt, mit dem Identitätsgeschlecht bzw. der Geschlechtsidentität: Das soziale Geschlecht wird kulturell bestimmt. Es ist das, was andere als Geschlecht anerkennen und zuweisen, bspw. anhand der Bewertung von Geschlechtsausdruck oder Handlungsweisen, die kulturell definiert als »typisch männlich« oder »typisch weiblich« gelten (vgl. z.B. Ayass 2008: 11ff.). Das Identitätsgeschlecht hingegen wird durch die eigene Geschlechtsidentität definiert. Es ist das Geschlecht, das eine Person subjektiv wahrnimmt und zu welchem sie sich zugehörig fühlt. Da Kultur nichts Statisches ist, sind es von der Gesellschaft bestimmte soziale Genderrollen auch nicht. Die Vorstellung davon, was Männer und Frauen sind und wie sie sich (zueinander) verhalten, ist heute eine andere als bspw. in den 1980er oder 1950er Jahren. Non-binäre Menschen, die sich als genderfluid bezeichnen, sind zudem das beste Beispiel dafür, dass auch Geschlechtsidentität nicht »irreversibel« ist, sondern sich mit der Zeit und situationsabhängig ändern kann.

Butler hält fest, dass unabhängig davon, ob mensch die eigene Realität bzw. Geschlechtsidentität als etwas Unveränderliches oder weniger Festes empfindet, jeder Mensch das Recht haben sollte, die rechtlichen und sprachlichen Bedingungen in Bezug auf den eigenen Körper selbst festzulegen, dies ohne Diskriminierung, Belästigung, Verletzung, Pathologisierung oder Kriminalisierung – und mit Unterstützung vonseiten der Institutionen und der Gesellschaft insgesamt (Williams 2015). Schwarzer beruft sich auf Theorien der sozialen Konstruktion und versteht bzw. verwendet deren Begriffe dabei falsch: Ihrer Meinung nach werden trans Personen als solche durch den »Terror der Geschlechterrollen« »konstruiert« und sind gleichzeitig Opfer dieser sozialen Konstruktion. Sie sei gegen ein zu rasches Operieren, weil das irreversibel sei⁴ (vgl. Müller 2019: 23). Operative Massnahmen werden als eine »Verstümmelung des Körpers« (Schwarzer 1984: 11) bezeichnet und ein hoher Preis, den trans Menschen zu bezahlen hätten für die »Angleichung von Seele und Körper« (Schwarzer 1984: 11). Schwarzer vertritt diese Position, auch wenn die aktuelle Forschung zeigt, dass eine medizinische und psychosoziale Gesundheitsversorgung, die darauf abzielt, die Geschlechtsidentität von (trans) Menschen zu bestätigen, das Wohlbefinden und die Lebensqualität erheblich verbessert (vgl. Xavier 2000; Reback et al. 2001; Kenagy/Bostwick 2005; Smith et al. 2005; Murad et al. 2010; Reisner et al. 2016; Johns et al. 2018; Owen-Smith et al. 2018; Matouk/Wald 2022). Stattdessen spricht Schwarzer trans Menschen einerseits die Fähigkeit ab, für sich selbst herausfinden zu können, wer sie sind, und andererseits, sich Normen oder Konstruktionen widersetzen zu können. Diese Position kann als antifeministisch bezeichnet werden, da sie ein Bild unfähiger Eltern und insbesondere Mütter vermittelt: von einfachen, missachteten und schuldigen Müttern (vgl. Vivan 2022: 172).

4 Es ist anzumerken, dass auch andere Formen der Körpermodifizierung irreversibel sind, z.B. Tätowierung, Skarifizierung, Beschneidung, wobei diese gesellschaftlich anerkannt sind, so dass für Operationen zur Brustverkleinerung oder -vergrößerung oder für Tattoos keine psychologischen Gutachten benötigt werden.

So beschreibt die Mutter eines trans Jungen: »Jeder Gedanke, jede Entscheidung, die wir allein zum Wohle unseres Sohnes treffen, wird hinterfragt und analysiert, um zu verstehen, ob wir nicht doch gute Eltern sind und ob wir zum Wohle von Roberto handeln« (Vivian 2022: 178; eigene Übersetzung). In einer misogynen und patriarchalischen Gesellschaft wird die Last des Familienmanagements immer noch fast ausschliesslich den Frauen übertragen. Das macht Mütter zu Alleinschuldigen für alle »Probleme«, die mit dem Kind zusammenhängen (vgl. Vivian 2022: 296).

Schwarzers Argumentation impliziert, dass das Wissen von Eltern nicht glaubwürdig ist und dass die Empfindungen von trans Personen konstruiert und daher nicht real oder ernst zu nehmen seien. Dies kann dazu führen, dass trans Personen bspw. die Referenz mit Pronomen verweigert wird, die normalerweise ihrer Geschlechtsidentität entsprechen, weil mensch ihnen ebendiese Identität abspricht. Nicht-binäre Personen werden, wenn sie in der Diskussion überhaupt mitgedacht und erwähnt werden, als eine Erfindung des Neoliberalismus und der damit einhergehenden Individualisierung abgetan (Wenzel 2021) und aus diesem Grunde absichtlich misgendert (Williams 2013). Ein weiteres Beispiel verbaler Gewaltausübung ist das sogenannte Deadnaming (d.h. die Verwendung der Geburtsnamen, die von trans Menschen nicht mehr verwendet werden, bspw. von Gender Identity Watch (GIW), einem TERF-Zusammenschluss; Yaghoobifarah 2016). FARTs sind insgesamt gegen einen genderinklusiven Sprachgebrauch (frauenseiten.bremen 2021).

Schwarzer führt insgesamt zwei Gruppen an: die Gruppe derjenigen, die fortschrittlich sind, weil sie ein reales biologisches Geschlecht anerkennen, und die Gruppe derjenigen, die die Existenz eines biologischen Geschlechts leugnen und deshalb rückständig und nicht feministisch sind. Der Ursprung von Geschlecht ist jedoch irrelevant, um die ethische Verpflichtung zu verstehen, diese verschiedenen Formen des Seins anzuerkennen, die für das Wohlbefinden einer Person von Bedeutung sind (vgl. Williams 2015). Schwarzer, aber auch die sogenannte FART-Bewegung beziehen sich auf eine für sie »objektive« Biologie. Aber auch die Naturwissenschaften sind nicht frei von soziokulturellen Einflüssen, im schlimmsten Fall sogar sexistischen, rassistischen und antisemitischen (vgl. Schmeil/Eichler 1937; Voß 2022; Criado-Perez 2020; Wenzel 2021). Die Debatte findet auch nicht zwischen »Feminist*innen« und trans Aktivist*innen statt, wie es von Schwarzer suggeriert wird, da viele Feminist*innen trans-affirmativ sind und viele trans Personen Feminist*innen: Der Trans-Aktivismus ist mit dem Queer-Aktivismus und dem Feminismus insgesamt eng verknüpft (Ferber 2020). Wie Schwarzer korrekterweise erwähnt, hat der Feminismus sich schon immer mit Fragen rund um die soziale Bedeutung von Mann- und Frausein und dem Wandel dieser (historischen) Kategorien im Laufe der Zeit gestellt (Ferber 2020; Schwarzer 2022). Schwarzers Ansichten werden innerhalb der feministischen Bewegung stark kritisiert (vgl. Mika 1998; Müller 2019: 22; Dudley 2021; Driessen 2022; Schick 2022; Schwarz 2022), finden jedoch bei Radikalfeminist*innen starken Anklang. TERFs greifen u.a. Schwarzers Argumentationen auf und behaupten bspw., dass trans Frauen keine echten Frauen (vgl. Mitchell 2022: 573), sondern lediglich verstümmelte Männer (vgl. Williams 2015) oder Männer in Frauenkleidung seien (vgl. Amelung 2022a: 17 und 56; Behrens 2023). Sie würden bei einer Transition keinen Privilegienverlust erleiden, sondern zusätzlich Zugriff zu Frauenschutzräumen und somit zum Frauenkörper erhalten (vgl. auch Faye 2021: 213). Mögliche Gründe für die Bit-

te nach Einlass in Frauenräume und Anerkennung in solchen werden dabei ausser Acht gelassen, z.B. in Hetero-Räumen grossen Gefahren ausgesetzt zu sein (vgl. Kern 2022: 14). TERFs sprechen sich auch gegen All-gender-welcome-Toiletten aus und gegen die Nutzung von Frauen-Toiletten vonseiten von trans Frauen aus Angst vor sexuellen Übergriffen. Studien belegen jedoch, dass die Befürchtungen empirisch unbegründet sind (vgl. z.B. Hasenbush/Flores/Herman 2019). Trans Männer würden hingegen dem Patriarchat »entkommen« wollen und durch eine Transition Zugang zu Privilegien erhalten, die sie als Frauen haben können. Problematisch ist zusätzlich, dass es in diesem Verständnis von Trans als »Erfindung« keine Transfeindlichkeit geben kann (vgl. LesLeFam 2022: 10). Barbara Kay (2014) schrieb einst im *National Post*: »True sex change is simply not possible; you end up as a ›feminized man‹ or a ›masculinized woman‹. Which is exactly what the radical feminists believe« (Kay 2014). Diese Positionen sind aber vermehrt auch in der analogen Welt wahrzunehmen. Jüngstes Beispiel im deutschsprachigen Raum ist die Provokation von zehn Radikalfeministinnen auf dem transinklusiven Dyke* March 2022 in Hamburg (vgl. Bilbao 2022). Eine ähnlich grosse Gruppe störte an der Londoner Pride 2018 den Umzug. Auf einem grossen Banner stand »Trans Activism Erases Lesbians« (dt. *Transaktivismus löscht Lesben aus*). Auf kleineren Plakaten waren Sprüche zu lesen wie »Get The L Out« (dt. *Nimmt das L raus*). Es wurden Flugblätter verteilt, in denen behauptet wurde, dass Lesben im Namen der »Transgender-Ideologie« gezwungen würden, mit Männern zu schlafen. Eine der Radikalfeministinnen sagte zu einem Reporter von *Pink News*: »We want to get the L out of Pride: a man cannot be a lesbian, a person with a penis cannot be a lesbian« (dt. »Wir wollen das L aus Pride herausnehmen: ein Mann kann keine Lesbe sein, eine Person mit einem Penis kann keine Lesbe sein«, Southwell 2018, zit.n. Faye 2021: 195). Vorerst mag es verwunderlich sein, dass die Demonstrantinnen ausgerechnet Lesben waren – in diesem Fall Menschen, von welchen mensch annehmen könnte, dass sie auf derselben Seite stehen (vgl. Faye 2021: 196), weil sie eine gemeinsame Unterdrückung teilen, historisch und gegenwärtig (vgl. Faye 2021: 198). Ein Grund, der für den »Bruch« zwischen einer Minderheit von Lesben und trans Menschen angeführt wird, rührt von der Vorstellung her, dass sogenannte (insbesondere junge) Butch-Lesben (d.h. Lesben, deren Erscheinung und/oder Auftreten als stereotypisch männlich gelesen wird), von trans Aktivist*innen als trans Männer »rekrutiert« werden (vgl. Faye 2021: 213). Diese Vorstellung, die seit den 1980er Jahren immer wieder thematisiert wird, wird als »butch-flight« (dt. *Butch-Flucht*) bezeichnet, d.h. die scheinbare »Flucht« von Butch-Lesben aus dem Frausein selbst, um stattdessen ein privilegiertes Leben als heterosexuelle Männer zu führen (vgl. Faye 2021: 213; Amelung 2022a: 47; Butler 2009: 21f.).

Da die Unterstützung und Inklusion von trans Personen durch einige radikale Feminis*innen aus dem trans- und feministischen Diskurs ausgeblendet wird, entsteht der Eindruck, dass der radikale Feminismus grundsätzlich trans Menschen exkludiert (vgl. Williams 2016) und dass innerhalb der LGBT+-Bewegung die Fronten zwischen Radikalfeminist*innen und der Transgender-Bewegung verhärtet seien (vgl. Williams 2016: 255).⁵ Butler bezeichnet FARTs jedoch explizit als Randbewegung (Ferber 2020; Vee

5 Cristian Williams (2016) bringt im Artikel »Radical Inclusion. Recounting the Trans Inclusive History of Radical Feminism« einige Beispiele zur Illustration der Art und Weise, wie der Radikalfeminismus bereits in der Vergangenheit trans Personen einbezogen hat und weiterhin einbezieht.

2020). Es sei Aufgabe und Verantwortung der Gesellschaft, nicht zuzulassen, dass eine radikale Randbewegung im Namen des Mainstreams spreche und trans-ausschliessende Positionen als allgemein akzeptiert propagiere. Butler ist überzeugt, die Mehrheit der Feminist*innen unterstütze in der Tat Trans-Rechte und sei gegen alle Formen von Transfeindlichkeit (Ferber 2020; Vee 2020).

Am 13. September 2022 veröffentlichte die Frauenhauskoordinierung e. V. (FHK) eine Stellungnahme zum Thema:

Mit Sorge beobachtet Frauenhauskoordinierung e. V. (FHK) die zunehmende Aggressivität, die geschlechterpolitische Debatten, bspw. im Kontext des Selbstbestimmungsgesetzes oder der paritätischen Besetzung von Listenplätzen, online wie offline prägt. Vielfach richtet sich diese vehement und nicht selten persönlich herabwürdigend gegen die Selbstbestimmung und Gleichstellung von trans*, inter* und nicht-binären Menschen. Derartige Anfeindungen verurteilen wir scharf. Sie sind zugleich Angriffe auf Menschenrechte und elementare demokratische Werte der Gleichberechtigung, Selbstbestimmung und Würde aller Menschen. (Frauenhauskoordinierung 2022: 1)

Der Verein beruft sich dabei auf die seit 2018 in Deutschland rechtsgültige Istanbul-Konvention, die u.a. trans Menschen als besonders vulnerable und schutzbedürftige Gruppe erkennt (Frauenhauskoordinierung 2022: 2). Neben cis Frauen suchen auch trans Frauen und non-binäre Menschen seit Jahren regelmässig Schutz in Frauenhäusern. Vor einer Aufnahme überprüfen Fachkräfte die Fälle nach spezifischen Kriterien sowie den Gegebenheiten der einzelnen Frauenhäuser (z.B. räumliche Bedingungen, Sicherheitsgrad, fachspezifische Kenntnisse des Personals etc.) und bringen die Bedürfnisse sowohl der Betroffenen als auch der im Frauenhaus bereits wohnenden Frauen in Einklang. Das Personal ist dafür fachlich qualifiziert und kann u.a. die Konfliktmöglichkeiten abschätzen und darauf basierend vorausschauend handeln. Es wird deshalb – so die Frauenhauskoordinierung – niemand allein aufgrund des Frauseins in ein Frauenhaus aufgenommen. Die Befürchtungen von TERFs (darunter auch die Angst, dass sich cis Männer unter Missbrauch des geplanten Selbstbestimmungsrechts per Sprechakt zur Frau erklären und Plätze in Anspruch nehmen würden, die eigentlich für schutzbedürftige Frauen gedacht sind), von antifeministischen und rechtspopulistischen Netzwerken seien demnach unbegründet (vgl. Frauenhauskoordinierung 2022: 3f.): »Zahlreiche der in öffentlichen Debatten heraufbeschworenen Bedrohungsszenarien entbehren mithin einer Grundlage in den praktischen Gegebenheiten der Frauenhausarbeit und erweisen sich vor dem Hintergrund der beschriebenen Fachlichkeit als unbegründet« (Frauenhauskoordinierung 2022: 3). Es seien in der jahrzehntelangen Arbeit der FHK in Deutschland bislang keine Fälle missbräuchlicher Nutzung von Frauenhäusern der Mitglieder des Vereins in diesem Kontext bekannt (vgl. Frauenhauskoordinierung 2022: 3). Queere Anliegen und das Engagement für Frauenrechte gegeneinander auszuspielen, sei kontraproduktiv und führe zur Schwächung der beteiligten Parteien und gefährde die Bemühungen um Gleichberechtigung (vgl. Frauenhauskoordinierung 2022: 3f.).

Daneben ist ein Konflikt zwischen trans binären und trans non-binären Anliegen feststellbar. Trans binäre Menschen (trans Frauen, trans Männer) können sich, genau

wie Radikalfeminist*innen, von *queer* provoziert (vgl. Amelung 2022a: 25) und bedroht fühlen, weil sie sich für ihr Selbstverständnis auf eindeutig biologische Geschlechter und ein Konzept von Zweigeschlechtlichkeit stützen. So schreibt trans Mann Amelung: »Wie soll eine Analyse funktionieren, wenn Geschlecht jeglicher biologischer Grundlage beraubt wird? In letzter Konsequenz schaden sich damit auch Transpersonen selbst, denn Transsein als solches ist nur auf der Grundlage eines biologischen Geschlechts erklärbar« (Amelung 2022a: 43f.). Über Non-Binarität äussert er sich in einem Thread auf Twitter wie folgt:

Was versteht man nun unter Nonbinary? [...] Es ist [...] eine Geschlechtsidentität, die sich weder als männlich noch weiblich versteht. Auch ein Bezug zu Körpermerkmalen findet nicht statt. Dies wird auch in der Bubble selbst so gesehen [...]. Mit diesem Unbestimmten hat ein, man muss es leider so sagen, ein [sic!] esoterisches Verständnis von Geschlecht um sich gegriffen. [...] Das Ganze hat sich derart ausgeweitet, dass man so viele Identitätsbegriffe findet, bei denen man sich fragt, ob das jemand ernst meint oder ob hier Satire am Werk war. Hinzu kommt, dass sich zu der individuellen Geschlechtsidentität auch ein selbst kreiertes Pronomen gesellt. Waren Neopronomen zunächst ein Versuch, überhaupt eine Alternative zu »sie« und »er« zu finden, wurden sie schließlich zu einem individualisierenden Accessoire. Doch auch hier liegt ein riesiges Missverständnis vor. »Sie« und »er« waren nie dazu gedacht, Männer und Frauen in ihrer Individualität abzubilden. Überdies senden Nonbinaries widersprüchliche Botschaften. Einerseits soll deren Geschlechtsverständnis etabliert werden. Dazu würde allerdings auch gehören, dass man das Drängen auf sprachliche Individualität aufgibt, damit Formen gefunden werden, die alle üben können. Auf der anderen Seite wird mit einem revolutionären Verständnis geliebäugelt. Man möchte Punk und rebellisch sein. (Amelung 2022b)

Es wird hier ein *echtes* Transsein konstruiert und alles, was ausserhalb der Geschlechterdichotomie ist, wird als Hype und Akt der Rebellion gelesen bzw. als leib- und lebenslos: »Ein fluider Mensch ohne Identität, der unnennbar mannigfaltig begehrt und identifiziert wäre, wäre vielleicht queer, aber auch ein leibloser Mensch ohne Lebensweg« (Amelung 2020: *Zu Fluidität und Dezentrierung*; vgl. auch Feddersen 2020). Gemeinsam ist dieser Position und dem Radikalfeminismus allgemein eine Kritik an einer Identitätspolitik des *Queerfeminismus* (vgl. z. B. Linkerhand 2017). Das ist insofern widersprüchlich, als der historische Feminismus selbst die vermeintliche Natürlichkeit der Geschlechter als soziokulturelles Konzept entlarvte, das die Grundlage für das Patriarchat und die damit verbundenen Diskriminierungen bildet (vgl. LesLeFam 2022: 9f.). Damit ist er »Queerfeminismus avant la lettre« (LesLeFam 2022: 9f.) und nicht eine komplett gegensätzliche Position. Nach WOZ-Redaktor Florian Keller sind es keine marginalisierten Frauen, die die weibliche Identität bedroht sehen, sondern erfolgreiche und diskursmächtige Frauen. Die Verbissenheit gegen *Queerfeminismus* und Trans-Aktivismus seien typische Zeichen von Statusangst. Keller bezeichnet das Phänomen als *fragile Weiblichkeit* (vgl. Keller 2022).

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die Unsicherheiten von TERFs in Anbetracht des historischen Kontexts insofern nachvollziehbar sind, als die patriarchatsbedingten Ausgrenzungserfahrungen den Wunsch nach Separatismus und *safer spaces*

aufkommen lassen können. Cis Frauen können sich jedoch sowohl als Opfer als auch als Täterinnen an der männlichen Vorherrschaft beteiligen (vgl. Wizorek/Lühmann 2018: 48; Delap 2022: 31f.; dazu sehr ausführlich auch Thürmer-Rohr 2010). Eine trans-ausschliessende Position einzunehmen – insbesondere zur eigenen Privilegienbewahrung – bedeutet, patriarchale Strukturen zu festigen. An der Vorstellung von nur zwei Geschlechtern festzuhalten, bietet zwar eine gewisse Struktur, Sicherheit und Orientierung, aber damit wird gleichzeitig auch eine hierarchische Anordnung aufrechterhalten (vgl. Thiessen 2010: 41; dazu auch Lautenschläger 2023). Die Darlegungen gegen die Teilhabe von trans Menschen am gesellschaftlichen Leben (und die Weigerung, sie sprachlich zu berücksichtigen bzw. anzuerkennen) unterscheiden sich nicht wesentlich von den Argumenten, die einst zum Ausschluss von Frauen angebracht wurden. Die TERF-Bewegung kann als antifeministisch und als Hindernis bei der Umsetzung geschlechtergerechte(re) Sprache verstanden werden, da sie Ansätze ablehnt, dass Geschlecht eine soziale Konstruktion ist, die von Sprache und Kultur geformt wird, was sich darin ausdrückt, dass auch die Verwendung von Neopronomen und anderer geschlechterinkludierender Sprachformen abgelehnt wird – verstanden als Verletzung des »natürlichen« Geschlechts und als Bedrohung der Frauenrechte. Das birgt nach Anwalt und Trans-Aktivist Chase Strangio auch gewisse Gefahren:

Trans Menschen werden allzu oft als Ablenkung von den Gerechtigkeitskämpfen der cis Frauen dargestellt. Dieses kontrafaktische Narrativ birgt jedoch die Gefahr, dass Faschist*innen, die unsere internen Spaltungen ausnutzen, um die Kontrolle über all unsere Körper zu festigen, an die Macht gelangen. Für die politische Rechte ist die Kontrolle darüber, was wir mit unseren Körpern tun können und was nicht, einschliesslich der Frage, ob und wie wir uns innerhalb und ausserhalb der Geschlechterbinarität identifizieren, mit dem Ziel verbunden, die materielle und gedankliche Freiheit insgesamt einzuschränken. Unsere Gegner*innen erkennen, dass unsere kollektive Unterwerfung für das politische Projekt, das ihnen vorschwebt, notwendig ist; aber wir, auf der Linken, haben nicht so effektiv erkannt, dass unser kollektiver Widerstand für das unsere notwendig ist. (Strangio 2023; eigene Übersetzung)

Insgesamt ist die TERF-Bewegung ein Beispiel dafür, wie tief verwurzelte Vorstellungen von Geschlecht und Identität zu einem Hindernis für Gerechtigkeit und Inklusion werden können. Es sei jedoch festgehalten, dass ein Konflikt zwischen *Queerfeminismus* und Radikalfeminismus vor allem in medialen und öffentlichen Diskussionen konstruiert wird: auf der einen Seite der Radikalfeminismus, der von einer binären Geschlechterzugehörigkeit ausgeht, auf der anderen Seite der *Queerfeminismus*, dem vorgeworfen wird, biologische Aspekte völlig zu bestreiten und stattdessen ein pluralistisches Verständnis von Körpern zu vertreten. Der *Queerfeminismus* allerdings betrachtet Körper als wichtigen Aspekt, vertritt jedoch die Position, dass sie nicht nur anhand von Genitalien verortet werden, sondern auch anhand anderer Aspekte wie Funktionalität und soziale Zuweisung. Ausgehend von einem intersektionalen Verständnis werden Körper demnach als Teil eines komplexen Systems von Privilegien und Bewertungen betrachtet bzw. als sowohl biologisch als auch soziokulturell konstruiert (LesLeFam 2022: 9).

10.7 Folgerungen für den Outreach

Werden die bisher gewonnenen Erkenntnisse in den Kontext der Hochschulpolitik und -praxis übertragen, ist es umso wichtiger, dass sich Hochschulen auf ihre Werte und Prinzipien berufen und deutlich machen, dass sie sich der Förderung von Geschlechtergerechtigkeit und Chancengleichheit verpflichtet fühlen. Sie sollten sich bemühen, ihre Massnahmen und Initiativen transparent und nachvollziehbar zu machen, um Kritiker*innen die Möglichkeit zu geben, ihre Anliegen zu verstehen und gegebenenfalls ihre Bedenken auszuräumen. Hochschulen können bspw. öffentliche Foren oder Diskussionen organisieren, um den Dialog zu ermöglichen. Hierbei sollten jedoch auch Grenzen gesetzt werden, wenn es um diskriminierende oder respektlose Äusserungen geht. Ein weiterer wichtiger Punkt, um dem aktuellen Antifeminismus etwas entgegenzuhalten, ist die Kontinuität und Konsistenz in der Umsetzung von Massnahmen und Initiativen. Wenn Hochschulen ihre Bemühungen um Diversität und geschlechtergerechte(re) Sprache ernst nehmen, sollten sie diese nicht nur als symbolische Gesten betrachten, sondern als langfristige und nachhaltige Verpflichtungen, die in allen Bereichen und Ebenen der Hochschule verankert sind. Schliesslich sollten Hochschulen auch eng mit ihren Studierenden und Mitarbeitenden zusammenarbeiten, um sicherzustellen, dass ihre Bemühungen um Geschlechtergerechtigkeit und Chancengleichheit im Einklang mit den Bedürfnissen und Erwartungen der Hochschulgemeinschaft stehen. Durch einen offenen und inklusiven Dialog kann das Verständnis für die Notwendigkeit und Bedeutung dieser Massnahmen gestärkt und das Engagement für ihre Umsetzung erhöht werden bei gleichzeitiger Entkräftung der Kritik und des Drucks vonseiten rechter Politiker*innen und Medien.